

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! erläuterte zunächst noch einmal den Antrag.

Herr Müller führte aus, eine Geschwindigkeitsüberwachung der Kreispolizeibehörde habe ergeben, dass zwischen Januar 2014 und Oktober 2016 dort in knapp 133 Stunden 33.824 Fahrzeuge gemessen worden seien, was einer Anzahl von ca. 255 pro Stunde entspreche. Dabei seien 11,6 Verstöße pro Stunde, also ca. 4,5%, festgestellt worden. Verwarnungsgeldwürdig seien 1.469 gewesen, 73 davon im oberen Bußgeldbereich.

Frau Borowski von der SPD-Fraktion sagte, dass sie den Antrag sehr gut nachvollziehen könne. Sie bitte die Verwaltung um eine Einschätzung, inwieweit die geforderte Induktionsschleife die Problematik des Überholens der Busse, welche vor der Ampel stehen, lösen könne. Hier sehe sie ein weitaus größeres Gefahrenpotenzial.

Es gebe entlang der Pleistalstraße einige riskante Stellen, bei welchen auch über den Landesbetrieb versucht worden sei, diese zu entschärfen. Auch erinnere sie an den schweren Unfall, welcher sich erst vor Kurzem auf der Pleistalstraße ereignet habe.

Sie schlage daher vor, dass sich die Verwaltung die gesamte Pleistalstraße noch einmal anschau und diesbezüglich mit dem Landesbetrieb ins Gespräch komme.

Herr Gleß sagte, er teile die Einschätzung von Herrn Köhler und Frau Borowski. Er erinnere daran, dass man sich etwa alle 2-3 Jahre mit der Pleistalstraße beschäftige. Hinsichtlich der Verkehrsinsel außerhalb einer Ortsdurchfahrt sagte er, dass eine solche bereits in der Vergangenheit vom Landesbetrieb abgelehnt worden sei.

Er bezweifle, dass eine Induktionsschleifensteuerung das Problem löse. Dies müsse man auch mit den Ortseingangsbereichen des Schmerbroich im Zusammenhang sehen.

Er schlage daher vor, das Thema „Pleistalstraße“ insgesamt mit in das noch zu terminierende jährlich stattfindende Arbeitsgespräch mit dem Landesbetrieb zu nehmen und dort zu diskutieren. Der Termin sollte jedoch zumindest bis zur nächsten Sitzung des UPV feststehen und würde dann mitgeteilt. Er würde den Antrag insofern als Prüfauftrag verstanden wissen.

Herr Köhler erklärte sich damit einverstanden. In diesem Gespräch sollten dann aber alle neuralgischen Punkte noch einmal benannt werden. Hierzu gehöre auch in Niederpleis die Querung Rehsprung zur Niederpleiser Burg.

Herr Schell von der CDU-Fraktion sagte, er schlage ergänzend vor, dass die Verwaltung an ein bis zwei neuralgischen Punkten entsprechende Untersuchungen durchführe, um dieses Datenmaterial als Argumentationshilfe bei den Gesprächen mit dem Landesbetrieb nutzen zu können.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, er sei überrascht zu hören, dass die PKW-Fahrer die Ampel am Schmerbroich ignorierten. Diesem Fehlverhalten sei jedoch mit baulichen Maßnahmen nicht beizukommen. Der Problematik hinsichtlich des Überholens der Busse könne man am besten begegnen, indem man an dieser Stelle eine Busbucht einrichte.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Installation eines Starenkastens. Hier frage er, wer dafür zuständig sei.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass man die Problemanalyse teile. Er teile auch die Auffassung des Herrn Schell, dass man bei einer verdeckten Überprüfung zu verlässlicheren Ergebnissen komme, als wenn man eine solche Kontrolle bereits von weitem wahrnehme.

Bezüglich der Einrichtung einer Induktionsschleife sagte er, dass seiner Einschätzung nach eine rote Ampel immer noch den größten Respekt im Straßenverkehr genieße. Je mehr man diese jedoch zu Zwecken der Geschwindigkeitsregulierung nutze, desto eher würden die Autofahrer diesen Respekt ablegen.

Man werde seiner Einschätzung nach in Schmerbroich nur mit baulichen Maßnahmen arbeiten können. Es sei an der Stadt, dies an den Landesbetrieb heranzutragen, da dieser die Problematiken nicht so einfach erkenne und wahrnehme.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, den Beschlussvorschlag wie folgt umzuformulieren: „Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahresgespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW die Verkehrssicherheit der Pleistalstraße zu diskutieren und mögliche Maßnahmen, unter Berücksichtigung der Bitte, dort stadteigene Messungen durchzuführen, an den durch den Ausschuss genannten einzelnen neuralgischen Punkten, zur Umsetzung zu prüfen.“

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.